

# Liebe Leserinnen, liebe Leser, liebe Freundinnen und Freunde!

**W**ir waren gerade dabei, die vorliegende Ausgabe von *presente* redaktionell abzuschließen, da sorgte ein Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) für neue Daten, für ein neues Kapitel in der Chronologie der Krise. Sein schlimmstes Ergebnis seit 72 Jahren, so der 160 Seiten umfassende Bericht der Kommission, habe der Außenhandel der Region aktuell eingefahren. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sei in Lateinamerika genau das geschehen, was auch in Europa, den USA und dem Riesereich China stattgefunden habe: ein Einbruch von historischen Ausmaßen. In Zahlen: 2009 sanken die Preise auf Exportgüter wie Öl, Mineralien und Agrarerzeugnisse um 29 Prozent. Für das Ende des Jahres prognostiziert die CEPAL einen Rückgang der Exporteinnahmen um 25 Prozent.

Die von der Kommission für Lateinamerika ausgetragenen Zahlen werden in ihrer ganzen Brisanz erst deutlich, wenn man den Faden solcher wirtschaftlichen Verwerfungen weiter spinnst: Ein Prozent Minuswachstum in den Entwicklungsländern, befürchten Experten, führt unter Umständen zu weiteren 20 Millionen Menschen, die wieder in die Armut zurückfallen. 180 Millionen Arme leben schon jetzt zwischen Mexiko und Feuerland. Die Hälfte von ihnen sind Kinder.

In der vorliegenden Ausgabe widmen wir der Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf Mittelamerika einen thematischen Schwerpunkt. Den Auftakt

bildet hierbei Pedro Morazán, der in seinem einführenden Beitrag aufzeigt, aus welchen Bedingungen und Momenten sich die aktuelle Wirtschaftskrise speist – und was dies konkret für die Entwicklungsländer bedeutet. „Die Finanzkrise wird zu einer Systemkrise, die das Ende eines Paradigmas in der Wirtschaftstheorie und -politik, nämlich das des Neoliberalismus, einleitet“, zieht Morazán am Ende seiner Ausführungen ein Fazit.

Dass Frauen in besonderer Weise Opfer der Wirtschaftskrise sind, macht derweil im Interview mit *presente* Deysi Cheyne, Direktorin der salvadorianischen Frauenorganisation Instituto de la Mujer (IMU), deutlich.

Den Erscheinungen der Krise in Nicaragua hat Thomas Krämer-Broscheit vor Ort nachgespürt. Besonders fatal: Während hierzulande Konjunkturprogramme aufgelegt werden, um den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zu begegnen, müssen in Nicaragua bereits zum dritten Mal in diesem Jahr Kürzungen im Haushalt vorgenommen werden. Der Grund: Auflagen des Internationalen Währungsfonds – und eingefrorene Hilfsleistungen seitens Deutschlands, der EU sowie der USA. In Nicaragua, wo schon jetzt fast die Hälfte aller Menschen von weniger als einem US-Dollar täglich leben muss, werden die Auswirkungen der Krise auf diese Weise noch verschärft. Als ob die Perspektiven nicht ohnehin schon finster genug wären.

Eine informationsreiche und anregende Lektüre wünscht Ihnen

**Ihr CIR-Team**